

# **Corona-Impfschäden: "Es gibt viele Betroffene, die haben das Gleiche erlebt wie wir"**

Er ist kein Impfgegner, kein Corona-Leugner. Aber weil seine Tochter nach einer Covid-Impfung erkrankte, fordert der Grünen-Politiker Thomas Löser jetzt eine offene Debatte über Folgen und Nebenwirkungen.

**Dresden.** Bei der Frage, wie es seiner ältesten Tochter heute geht, gerät Thomas Löser ins Stocken. Mühsam fällt der erste Satz. "Sie beißt sich durch, sie hat viele Freunde und sie hat ihre Partys. Aber da sind seit einem Jahr jeden Tag diese Schmerzmittel. Sie ist für Behandlungen teilweise von der Schule freigestellt, es ist die Frage, wie es mit ihren Hüftgelenken weitergeht, es wird diskutiert, ob beide ausgetauscht werden." Seiner Tochter gehe es "durchwachsen", es sei nicht mehr wie "davor".

## **Das "Freiheitsversprechen" der Impfung**

Anfang Juni 2021 teilte sich das Leben der Familie Löser in ein Davor und Danach. Die Älteste war damals 14 und ließ sich gegen Corona impfen. Sie habe diese Entscheidung selber getroffen, sagt der Vater. "Es ging ihr auch um das Freiheitsversprechen nach der Impfung."

Sie lag vier Tage auf der Normalstation, kam dann auf die Intensivstation, erhielt eine Beatmungsunterstützung – und lag dort drei Wochen lang. In einer Zeit übervoller Kliniken, als Corona und die Gefahr, daran zu sterben, in den Köpfen so vieler Menschen weltweit fest verankert waren, kämpften die Ärzte auch um das Leben von Löser's Tochter.

## **Die Folgen einer schweren Lungenentzündung**

Erst Cortison in hoher Dosierung half, die diagnostizierte schwere Lungenentzündung samt Einblutungen in der Lunge zu heilen. Allmählich kam in den nächsten Monaten der Alltag zurück, bis im Februar 2022 im Skiurlaub dann die Schmerzen einsetzten. Erneut begann ein Marathon durch Warte- und Behandlungszimmer, bis am Ende ein MRT Gewissheit brachte: Nekrosen, also das Absterben von Knochen, hatten wichtige Gelenke teilweise geschädigt, sehr wahrscheinlich eine Folgewirkung des extrem hoch dosierten Cortisons.

Seither gehören Schmerzmittel zum Alltag der Jugendlichen. Sich in der Schule zu konzentrieren, falle ihr schwer, ebenso langes Stehen. Statt nach vorn zu blicken, sich auf die Abschlussfahrt zu freuen, Beruf oder Studium zu diskutieren, geht es nun auch um den möglichen Grad einer dauerhaften Behinderung und Hilfe.

All das steht für Thomas Löser, der Stadtrat der Grünen in Dresden und zugleich Landtagsabgeordneter seiner Partei ist, in einem deutlichen Zusammenhang mit der Corona-Impfung. "Für uns ist dieser Zusammenhang so unmittelbar, auch wenn das medizinisch nicht sicher feststellbar ist", sagt der Vater. "Es steht der Laie gegen das Fachwort."

Offiziell gibt es für die Erkrankung seiner Tochter nämlich keine Erklärung und auch keinen gesicherten

Zusammenhang zur Corona-Impfung. Die aktuellen Beschwerden hängen nicht unmittelbar mit der Impfung zusammen, sondern sind Nebenwirkung der dringend notwendigen Behandlung jener Lungenentzündung, die sich nach der Impfung einstellte.

Löser ist es wichtig zu betonen, dass er und seine Familie niemandem einen Vorwurf machen. Er ist nicht etwa Impfgegner oder gar Corona-Leugner. "Meine Frau und ich sind beide dreimal geimpft, wir wollen nur, dass die Sache mit dem Abstand von zwei Jahren jetzt eingeordnet wird."

Zwei Dinge wolle er erreichen. Zum einen müsse es möglich werden, über Impfschäden offen zu reden, ohne in eine extreme Ecke gedrängt zu werden. "Wir müssen außerhalb politischer Rituale in eine Diskussion über das Thema kommen", sagt er. Auch Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach habe schließlich anerkannt, dass es Impfschäden gibt. "Daraus muss eine politische Debatte folgen, was dies bedeutet." Zunächst hatte Lauterbach von einer "nebenwirkungsfreien" Impfung gesprochen, das später aber relativiert.

## **Keine "Deutungshoheit" für die AfD**

Das Reden über Impfschäden und die Deutungshoheit in dieser Diskussion will Thomas Löser nicht der AfD überlassen. "Es ist wichtig, die Diskussion unaufgeregt von demokratischer Seite zu führen. Viele Betroffene haben das Gleiche erlebt wie wir. Zu lange wurde gesagt, es gibt diese Impfschäden nicht." In einer Gesellschaft, in der die Hälfte der Bevölkerung dreifach geimpft ist, sei es jedoch absehbar, dass es auch Folgeerscheinungen geben muss.

Das Paul-Ehrlich-Institut registrierte bundesweit laut einem seit Ende März vorliegenden Abschlussbericht 1,77 Verdachtsmeldungen einer Nebenwirkung auf 1.000 Impfungen. In 0,98 Prozent der berichteten Verdachtsfallmeldungen wurde ein tödlicher Verlauf (3.315 Fälle) in unterschiedlichem zeitlichen Abstand nach der Covid-Impfung mitgeteilt. 127 Fälle wurden vom Paul-Ehrlich-Institut mit einem ursächlichen Zusammenhang mit der jeweiligen Impfung bewertet.

## **Wie viele Entschädigungsverfahren laufen**

In Sachsen ist für die Entschädigung von Impfschäden der Kommunale Sozialverband (KSV) zuständig. Für den Zeitraum seit Beginn der Impfkampagne bis Mitte Juli 2023 wurden hier 565 Entschädigungsverfahren im Zusammenhang mit einer Corona-Schutzimpfung registriert. In den bisher erfassten Entschädigungsverfahren gab es in 25 Verfahren eine Anerkennung und in 334 Verfahren eine Ablehnung von Ansprüchen. 148 Widerspruchsverfahren laufen.

Noch sind keine Klagen vor Gericht anhängig. Bei den anerkannten Impfschäden wurde in zwölf Fällen der Impfstoff von Biontech/Pfizer verwendet, sonst AstraZeneca (9), Moderna (3) und Johnson (1).

"Diese Anerkennung ist wichtig. Nur wenn klar ist, dass es sowohl Long-Covid als auch Impfschäden gibt, kann man sich mit den Folgen auseinandersetzen", sagt Thomas Löser. Als Vater und als Landtagsabgeordneter hat er das Gespräch mit Gesundheitsministerin Petra Köpping (SPD) gesucht. "Es war sehr angenehm, ich habe Frau Köpping als sehr aufgeschlossen und wach bei diesem Thema

wahrgenommen."

Von der Ministerin kommt Rückhalt für Löser. "Wichtig für die Betroffenen sind verlässliche Ansprechpartner und Beratungsmöglichkeiten." Nötig sei ein deutschlandweites Netzwerk von Kompetenzzentren und interdisziplinären Ambulanzen für Patienten mit Langzeitfolgen. Die regionalen Kontakt- und Informationsstellen für Selbsthilfe (KISS) registrieren bereits einen Anstieg entsprechender Nachfragen auf Landesebene. "Ministerin Köpping hat bereits im vergangenen Winter eine entsprechende Selbsthilfegruppe in Grimma besucht. Größter geäußerter Wunsch dort war mehr Forschung", sagt ihre Sprecherin Juliane Morgenroth.

Löser greift das auf. Er will erreichen, dass sachsenweit ein Beratungsnetzwerk aufgebaut wird. Durch den Freistaat koordiniert, soll es in den drei großen Städten Anlaufpunkte geben. Weiterhin sollen neue wissenschaftliche Expertise eingeholt und ein Fachbericht vorgestellt werden. Denkbar seien auch Bürgerforen, um Betroffene und Experten zusammenzubringen. "Eine Gesellschaft sollte in der Lage sein, ohne Schaum vor dem Mund Fehler und Erfolge der Pandemiebekämpfung zu reflektieren", findet Löser.

## **Der lange Weg zur Anerkennung**

Für Dr. Thomas Grünewald, den Vorsitzenden der Sächsischen Impfkommision, sind diese Verfahren seit Langem Alltag. In seinen Sprechstunden behandle er selbst regelmäßig Menschen mit dem Verdacht auf Impfschäden, über 100 Patienten waren es bisher. Grünewald blickt unaufgeregt auf die noch immer hektische Diskussion "Die Medizin arbeitet auf wissenschaftlicher Basis unabhängig vom politischen Diskurs. Es gibt klare gesetzliche Vorgaben, wie bei einem Verdacht auf einen Impfschaden vorzugehen ist."

Ärzte sind nach dem Infektionsschutzgesetz verpflichtet, den Verdacht einer über das normale Maß hinausgehenden Nebenwirkung nach einer Schutzimpfung an das Gesundheitsamt zu melden. Meldungen gehen dann auch an das Paul-Ehrlich-Institut. Eine etwaige Begutachtung, aber auch die Entschädigungsregelungen erfolgen über den Kommunalen Sozialverband. "Wer einen anerkannten Schaden hat, wird auch entschädigt", so Grünewald. "Die Menschen werden nicht fallengelassen." Es kann eine Grundrente zwischen 164 und 854 Euro zugesprochen werden. Ein Berufsschadensausgleich ist vorgesehen, auch eine Pflegezulage. Hinterbliebene haben Anspruch auf Bestattungsgeld.

Der Weg dahin ist jedoch unter Umständen beschwerlich. Zuerst muss der Verdacht auf schwere Nebenwirkungen gemeldet werden. Macht das nicht der Arzt, kann jeder Betroffene seinen Fall auch selber melden. "Die Beweiskette wird jedoch umso schwerer, je mehr Zeit zwischen Impfung, unerwünschter Wirkung und Meldung liegt", sagt Grünewald.

Im Zusammenhang mit einer Corona-Impfung gebe es "klar benannte Probleme". Demnach sei das Risiko einer Herzmuskel- und Herzbeutelentzündung bei jungen Männern vier- bis fünfmal höher als ohne Impfung. Solche Nebenwirkungen seien allerdings extrem selten, ein bis zwei Fälle je eine Million Impfungen träten auf. Auch Autoimmunerkrankungen können durch die Impfung verstärkt werden. "Die Impfung kann der Motor sein, der eine vorhandene Krankheit anwirft. Das ist zum Teil nicht ganz leicht zu diagnostizieren", so der Experte. "Wir haben relativ schnell auch seltene Risiken erkannt."

Bei den mRNA-Impfstoffen sei die Herzmuskelentzündung führend, bei den Vektor-basierten Corona-Impfstoffen seien es Thrombosen innerer Organe oder der Gefäße des Gehirns. "Es gibt aber auch Grenzfälle, im Zweifel wird für den Geschädigten entschieden." Grünewalds bisherige Erfahrung zeigt: Neun von zehn Patienten, die er begutachtet, haben keinen Impfschaden.

## **Wie es für Familie Löser weitergeht**

Für Thomas Löser und seine Tochter stehen weitere Schritte an. Bisher hat er deren Erkrankungen nicht als Verdacht auf einen Impfschaden angezeigt. "Wir müssen das jetzt für sie machen, sie hat ihr ganzes Leben noch vor sich." Warum hat er so lange gezögert? "Wir gehen davon aus, dass die Ärzte die Pflicht haben, es zu melden. Wir haben auch immer wieder nachgefragt", sagt er. Zudem sei seine Tochter ja weiter in Behandlung gewesen. Über ein Jahr lang folgte Untersuchung auf Untersuchung, um einen Grund für ihre Erkrankung zu finden.

Umso wichtiger seien Information und Aufklärung gewesen. Und das ist es, worum es Löser jetzt auch geht.